

Bericht

der Darmstädter Beobachtergruppe



Newroz 1994 in Diyarbakir

über ihren Aufenthalt in Kurdistan-Türkei
während des kurdischen Newroz-Festes
und der türkischen Kommunalwahlen

18. - 29. März 1994

In der Zeit vom 18. - 29. März 1994 hielten sich zahlreiche europäische Gruppen und Delegationen mit insgesamt etwa 300 Mitgliedern in Kurdistan-Türkei auf, um das kurdische Newrozfest am 21. 3. und die türkischen Kommunalwahlen am 27. 3. zu beobachten. Die Mehrheit der Beobachter/innen kam aus Deutschland: interessierte Bürger/innen, Mitglieder verschiedener Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, Vertreter/innen von Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und Parlamentarier/innen. Weitere Delegationen kamen aus England (u.a. drei Parlamentsabgeordnete), Finnland (u.a. zwei Reichstagsmitglieder), Belgien (u.a. ein Senator), Frankreich und der Schweiz, aber auch aus der Türkei (Gewerkschafter und Menschenrechtler aus Istanbul).

Anlaß der Aktion war die Befürchtung, daß es zu Übergriffen des Militärs gegen die Zivilbevölkerung kommen könnte. Bei den Newrozfeiern 1992 wurden über 100 Menschen getötet. Im Vorfeld der Wahlen behinderten staatliche Sicherheitskräfte massiv die prokurdische Demokratie Partei (DEP) und setzten sie unter Druck durch Verhaftungen von Kandidaten und Mitgliedern, Ermordungen von Repräsentanten, Bedrohungen und Einschüchterungen von Wählern. Ganzen Dörfern wurde vom Militär die Vernichtung angedroht, falls die DEP die Mehrheit der Stimmen erhalten sollte. Obwohl die DEP (wie ihre verbotene Vorgängerin HEP) mit 70% der Stimmen rechnen konnte, sah sie sich gezwungen, ihre Kandidaten zurückzuziehen, um nicht deren Leben aufs Spiel zu setzen. Die kurdische Opposition rief daraufhin zum Boykott der Wahlen auf, während der türkische Staat mit allen Mitteln eine hohe Wahlbeteiligung erzwingen wollte.

Das türkische Militär erhöhte offiziellen Angaben zufolge seine Truppenstärke in den kurdischen Gebieten auf 400.000 Soldaten. Der türkische Staat hatte natürlich kein Interesse daran, Kriegsverbrechen der Armee an der Zivilbevölkerung durch ausländische Augenzeug/inn/en öffentlich machen zu lassen. Die Delegationen sahen sich daher massiven Behinderungen durch türkische Sicherheitskräfte ausgesetzt. In Van wurden etwa 60 Beobachter/innen im Flughafen festgehalten und nach einigen Stunden wieder abgeschoben. In Batman wurden die Delegationen in einem Hotel festgesetzt, in Tunceli wurden sie durch ein Ultimatum zur

Abreise gezwungen. Viele Städte (z.B. Cizre) waren vom Militär abgeriegelt.

In Diyarbakir wurden am 15. 3., wenige Tage vor dem Eintreffen der Delegationen, Massenverhaftungen durchgeführt: 250 Oppositionelle, Gewerkschafter, Menschenrechtler, Mitglieder der DEP, d.h. unsere potentiellen Ansprechpartner/innen. Das Büro der DEP war bei unserer Ankunft völlig verwaist. Im Menschenrechtsverein (IHD) von Diyarbakir hielt nur der junge Anwalt Mahmut Sakar aus, nachdem der IHD-Vorsitzende Abdullah Koc am Vorabend nur knapp einer Verhaftung entging und seitdem untergetaucht ist.

Die in Diyarbakir versammelten Delegationen versuchten, die umliegenden Städte und Dörfer zu besuchen. Ihre Bewegungsfreiheit wurde jedoch durch die zahlreichen Straßenkontrollen der Gendarmas, der militärisch bewaffneten Landpolizei, stark eingeschränkt. An allen Ausfallstraßen wurde kontrolliert. Allein auf der 80 km langen Strecke von Diyarbakir nach Mardin gab es 8 Kontrollposten. Bei einer solchen Kontrolle steigen die kurdischen Männer aus den Fahrzeugen und stellen sich mit den Ausweis in der Hand in einer Reihe auf. Ist eine Mauer in der Nähe, müssen sich sie mit erhobenen Händen und gespreizten Beinen mit dem Gesicht zur Wand stellen, damit sie leichter nach Waffen durchsucht werden können. Die Soldaten stehen dabei mit dem Gewehr im Anschlag - alltägliche Szenen in einem besetzten Land.

Obwohl es offiziell keinerlei Beschränkung der Reisefreiheit gibt, wurden die Delegationen an den Kontrollposten jedesmal verhört, teilweise stundenlang aufgehalten, dann entweder zurückgeschickt oder durchgelassen. Besuche von Dörfern oder kleinen Städten waren im allgemeinen nur in Begleitung von türkischen Offizieren möglich, um von vorneherein jeglichen Kontakt mit der Bevölkerung zu verhindern. Kurdinnen und Kurden, die Gespräche mit Delegationsmitgliedern führten, wurden meist anschließend verhaftet. Es war daher notwendig, solche Gespräche heimlich zu führen, wozu es trotz der allgegenwärtigen Sicherheitskräfte immer wieder Gelegenheit gab. Der Besuch von zerstörten bzw. noch brennenden Dörfern wurde den Beobachter(innen) strikt verweigert, obwohl von staatlicher Seite immer die PKK für die Zerstörungen verantwortlich gemacht wurde.

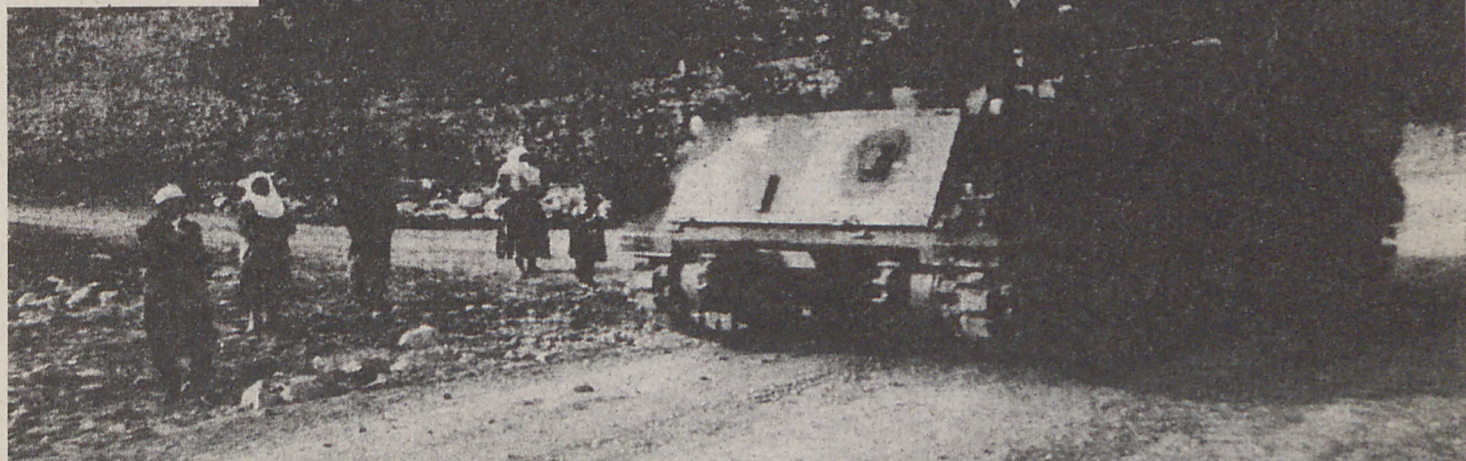
Besuch der Zeitung Özgür Gündem

In den kurdischen Städten prägt die Staatsgewalt das Straßenbild: schwerbewaffnete Polizisten, Militärpatrouillen, Radpanzer, Männer in Zivil mit Kalaschnikow-Gewehren und Funksprechgeräten. Diyarbakir macht dabei keine Ausnahme, außer daß wenige Tage vor Ankunft der Delegationen die aus deutschen Lieferungen stammenden BTR60-Panzer aus der Innenstadt abgezogen wurden.

Nach unserer Ankunft in Diyarbakir am 19. 3. 94 besuchten wir die Zeitung *Özgür Gündem*, um uns über die aktuelle Lage vor Ort zu informieren. *Özgür Gündem* ist die einzige Tageszeitung in der Türkei, die noch ungeschminkt über die Situation in Kurdistan berichtet. Eine doppelte Stahltür schützt das Redaktionsbüro, alle Fenster sind vergittert. Man öffnet uns nach einem prüfenden Blick durch den "Spion". Diese Vorsichtsmaßnahmen sollen Überfälle durch Todesschwadronen erschweren. Die letzte Polizeirazzia fand am 12. 1. 94 statt. Bei der vorletzten Razzia am 10. 12. 93 brachte die Polizei 250 Flugblätter und eine Fahne als "Beweise" mit, nachdem sie am Tage vorher bei der Durchsuchung kein belastendes Material finden konnte. Aufgrund dieser "Funde" wurden die Mitarbeiter/innen verhaftet und das Büro vorläufig geschlossen. Zur Zeit sind noch 14 von ihnen in Haft.

Hinter dem Schreibtisch von Enver Özcelik, des verantwortlichen Redakteurs in Diyarbakir, hängen die Porträts von 10 *Özgür-Gündem*-Reportern, die bisher in Diyarbakir von staatlich gelenkten Todesschwadronen ermordet wurden. Zwei weitere sind spurlos verschwunden (einer von ihnen, Nazim Wabaoglu, wurde Anfang April tot aufgefunden).

Schützenpanzer MTW M113 aus deutschen Lieferungen, fotografiert am 28. 3. 94 zwischen Gene und Lice (Wolf Ronda/medico).



Das Sammeln von Informationen über den Krieg in Kurdistan ist lebensgefährlich. "Wir fliegen wie die Vögel", umschreibt Enver die rastlose Tätigkeit der 9 verbliebenen Reporter/innen der Zeitung in Diyarbakir. Enver geht abends nach 18 Uhr nicht mehr auf die Straße und schläft jede Nacht woanders.

Seit drei Monaten verhindert die Polizei, daß *Özgür Gündem* in den kurdischen Gebieten verkauft werden kann. Sämtliche Straßen nach Diyarbakir werden kontrolliert und die dabei gefundenen Exemplare der in Adana gedruckten Zeitung beschlagnahmt, ohne daß ein offizielles Verbot existiert. Die Polizei schikaniert Transportunternehmen, die *Özgür Gündem* ausliefern, führt Razzien durch, mißhandelt die Chauffeure etc. Früher wurden allein in Diyarbakir 12.000 Exemplare verkauft, etwa ein Fünftel der Gesamtauflage. Die Blockade ist daher auch ein großer finanzieller Verlust für die Zeitung.

Man berichtete uns, daß sich die staatliche Repression in jüngster Zeit dramatisch verschärft habe. Seit 1992 hat das Militär 1000 kurdische Dörfer entvölkert oder zerstört und etwa 2 Millionen Menschen vertrieben. Die Flüchtlinge leben jetzt unter elenden Verhältnissen in den großen Städten. Allein die Einwohnerzahl Diyarbakirs steigerte sich von 380.000 auf 1,5 Millionen Menschen. Die Strategie des Militärs ist es, die kurdische Landbevölkerung zu zwingen, als sogenannte Dorfschützer gegen andere Kurden vorzugehen. Die Dorfschützer erhalten vom Staat eine Waffe und ein Gehalt und müssen sowohl in vorderster Front gegen die PKK kämpfen als auch Strafaktionen gegen die Zivilbevölkerung durchführen. Männer, die nicht Dorfschützer werden wollen, müssen mit ihren Familien

das Dorf verlassen. Weigern sich die Menschen, werden die Dörfer beschossen oder bombardiert. Zur Zeit (März 94) brennen viele Dörfer in der Nähe der Kreisstadt Lice.

Auch in den Städten gehen die Sicherheitskräfte gnadenlos gegen Oppositionelle vor. Allein in Diyarbakir ermordet die Kontraguerrilla 2 bis 3 Menschen täglich. Willkürliche Festnahmen ohne Haftbefehl mit anschließender Folter sind an der Tagesordnung. Oft werden auch Ehefrau und Kinder mit verhaftet, um die Gefangenen leichter zu Geständnissen zu zwingen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen wurden vor allem Kandidaten und Mitglieder der DEP Opfer von Verhaftungen und Einschüchterungen.

Besuch in Hazro: zerstörte Dörfer, Zwangsarbeiter und Waffen aus Deutschland

Am 20. 3. 94 besuchten wir (die Darmstädter Delegation) die kleine Kreisstadt Hazro, die etwa 70 km nordöstlich von Diyarbakir in den Bergen liegt. Auf unserer Fahrt mit dem öffentlichen Kleinbus sahen wir einige verlassene Dörfer an der Straße. Einheimische berichteten uns, daß in jüngster Zeit viele Dörfer um Hazro vom Militär zerstört wurden. Auch Hazro habe etwa die Hälfte seiner etwa 4000 Einwohner verloren. Ein 60jähriger Bauer schilderte uns die Zerstörung seines Dorfes mit dem Namen Hocababa, das nördlich von Hazro in den Bergen liegt. Vor drei Monaten kamen die Soldaten und stellten die Dorfbewohner vor die Alternative, entweder Dorfschützer zu werden oder das Dorf zu verlassen. Die Menschen weigerten sich, sie wollten weder gegen ihre Nachbarn kämpfen noch ihre Existenz aufgeben. Die Soldaten raubten ihnen erst einmal die Wertgegenstände wie z.B. Fernsehgeräte. Nach drei Tagen kamen sie wieder, zerschlugen die Fenster, traten Türen ein und verwüsteten die Einrichtung der Häuser. Die Einwohner blieben trotzdem und hängten Plastikfolien vor Türen und Fenster, denn es war Winter. Einige Tage später kamen die Hubschrauber und schossen mit Raketen. 70 Häuser wurden dabei zerstört und das Vieh getötet. Daraufhin flohen die Menschen nach Diyarbakir.

Der Bauer fuhr heute das erste Mal wieder in sein Dorf, um nach seinem Weinberg und nach zwei alten Leuten zu sehen, die noch in einem der beiden nicht zerstörten Häuser wohnen. "Ich würde

euch gerne mitnehmen und euch mein zerstörtes Dorf zeigen, aber es gibt dort viele Soldaten, die auf euch schießen würden", sagte er.

Die Einheimischen berichteten weiterhin, daß für einen Erweiterungsbau der Gendarmeriestation von Hazro Zwangsarbeiter eingesetzt werden, da sich keine Bauarbeiter bereit fanden, die Arbeiten auszuführen. Daher wurden in den umliegenden Dörfern Männer verhaftet und zur Arbeit auf der Baustelle gezwungen. Zur Zeit gibt es 40 Zwangsarbeiter, Bauern, Angestellte und einige Dorfvorsteher (Muchtar). Sie müssen tagsüber unter Aufsicht bewaffneter Soldaten arbeiten und werden nachts in Zellen gesperrt. Ein Reporter von *Özgür Gündem* berichtete uns später, daß Mitte Februar sein Kollege Orhan Cabuk aus Ankara über die Zwangsarbeiter von Hazro einen Artikel veröffentlichte. Daraufhin wurde er sofort verhaftet und 10 Tage in Ankara unter Folter verhört. Danach wurde er in Hazro 20 Tage lang verhört und gefoltert, um ihn zu zwingen, seine Informanten preiszugeben. Zur Zeit befindet sich Orhan Cabuk im Gefängnis von Diyarbakir.

Zu beiden Seiten der Gendarmeriestation am Eingang der Stadt Hazro standen je ein deutscher Panzer vom Typ Leopard I, deren Kanonenrohre in die Berge zeigten. Im Zentrum von Hazro liegen Militärgebäude. Vor dem Eingang stand ein Schützenpanzer des Typs BTR60, ebenfalls aus deutschen Lieferungen. Auf dem Hof befanden sich ein weiterer BTR60 und zwei Mercedes Unimog. Da uns der Kommandant zwecks Passkontrolle in sein Büro "einlud", konnten wir die Fahrzeuge aus nächster Nähe betrachten. Einige der Soldaten trugen die Stahlhelme der "Nationalen Volksarmee" (NVA) der DDR. Beim Rundgang durch die Stadt sahen wir einige ausgebrannte Gebäude, die früher offensichtlich Läden beherbergten.

Einwohner bestätigten, daß die Bevölkerung der umliegenden Dörfer systematisch vertrieben wird, wenn sich die Männer weigerten, Dorfschützer zu werden. Ungefähr 500 Familien wurden in Hazro und Umgebung zwangsweise zu Dorfschützern.

Man berichtete uns, daß die Dorfbevölkerung zur Teilnahme an den bevorstehenden Kommunalwahlen gezwungen werden soll. Das Militär holt die Leute mit Fahrzeugen ab und bringt sie zu den Wahlurnen nach Hazro, die von bewaffneten Dorfschützern bewacht werden. In diesem Fall wird man einen unabhängigen Kandidaten wählen. Doch auch diese Leute werden verfolgt. Ein Mann



Vom Militär zerstörte Häuser in Hazro. (Foto: P. Senger)

schildert uns, wie ein Verwandter, ein unabhängiger Kandidat, von der Polizei verhaftet und nach Diyarbakir verschleppt wurde. Drei Tage später brachte man seine Leiche ins Dorf zurück. Allgemein herrsche ein Klima der Angst und des Mißtrauens, da man aufgrund haltloser Denunziationen verhaftet und unter Folter verhört werde.

Newrozfeiern in Diyarbakir (21. 3. 94)

Die PKK hatte die Bevölkerung dazu aufgerufen, das Newrozfest zuhause zu feiern, um blutige Konfrontationen mit der Polizei zu vermeiden. Dennoch entzündeten vor allem Kinder die Newrozfeuer auf vielen Plätzen und Straßen der Wohnviertel. Die Geschäfte in den Vorstädten blieben aus Protest gegen die staatliche Repression geschlossen. In der Stadt waren sehr viele Journalisten und Delegationen unterwegs, so daß sich die Polizei im Hintergrund hielt und nur dann gegen die Kinder vorging, wenn sie politische Parolen riefen. Über der Stadt kreisten Hubschrauber. Am Abend erfuhren wir im Menschenrechtsverein, daß an diesem Tag 500 Leute in Diyarbakir verhaftet worden waren.

Fahrt nach Ergani, Dicle und Hani: leere Dörfer und Militäroperationen

Am 22.3.94 fuhren wir über Ergani in die Kleinstädte Dicle und Hani. Am Ortsausgang von Ergani befand sich eine Straßenkontrolle der Armee mit einem Panzer MTW M113. Fahrzeuge und Personen wurden nach Waffen durchsucht. In Dicle wurde unser Kleinbus vor der Gendarmeriekaserne angehalten. Hinter der Kaserne hatten 4 schwere Geschütze auf Selbstfahrlafetten Stellung bezogen. Kurz danach hielten neben uns 15 Landrover und ein Panzerwagen des Typs BTR60, alle Fahrzeuge voller Soldaten in Kampfausrüstung. Während unsere Pässe kontrolliert wurden, gab der direkt hinter uns stehende BTR60 mehrere Schüsse aus seiner Bordkanone ab. Laut Aussage des uns kontrollierenden Offiziers bereiteten die Soldaten eine Operation vor, die mit den Schüssen eingeleitet werde.

Einheimische berichteten uns später, daß etwa 70% der Dörfer in dieser Gegend verlassen waren, in den restlichen 30% wohnten Dorfschützer. Wir konnten selbst mehrere dieser leeren Dörfer von der Straße aus sehen.

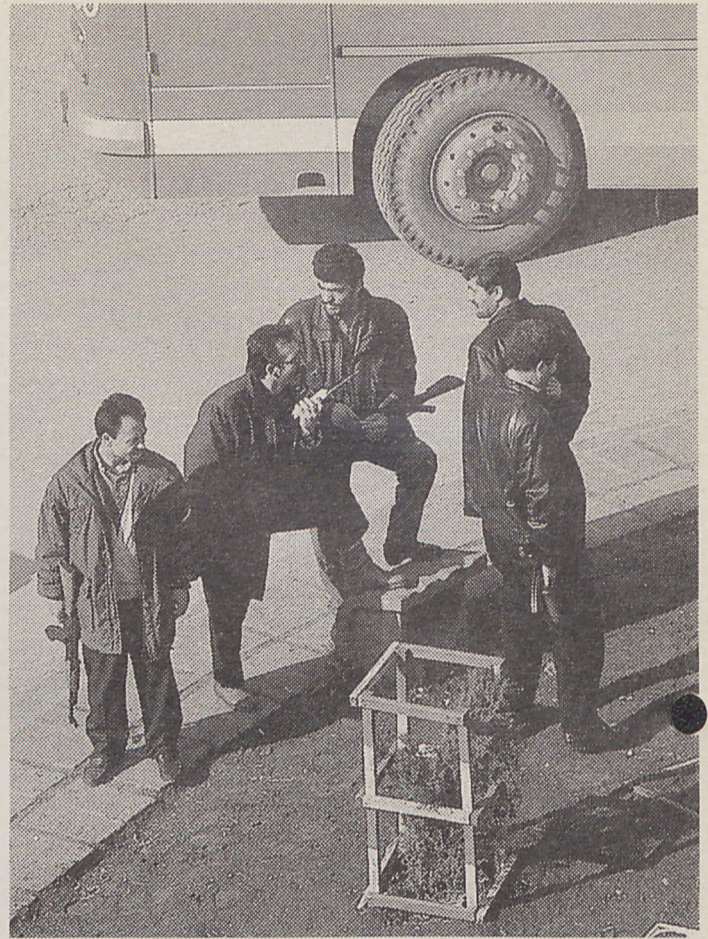
In der Kleinstadt Hani wurden wir vom Polizeichef, dem Militärkommandanten und dem Landrat (Kaymakam) empfangen und im Ort herumgeführt. Etwa zehn bewaffnete Leibwächter begleiteten uns. Die Bewohner verhielten sich sehr eingeschüchtert und unterwürfig, sie erhoben sich und nahmen eine militärische Haltung an. Der Kaymakam erzählte, daß zu Hani etwa 20 Dörfer und 25 Gehöfte gehören. Etwa die Hälfte der ehemals 10.000 Einwohner habe Hani inzwischen verlassen. Die Flucht begründete er mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Der Offizier berichtete, daß es in den Bergen etwa 100 "Terroristen" der PKK gäbe, die im Januar und Februar 1994 insgesamt 4 mal die Kasernen in Hani überfallen hätten. Die hiesige Garnison ist 4000 Soldaten stark.

Auf unserer Rückfahrt machten wir Station in Ergani, einer Kreisstadt von 60.000 Einwohnern. Kaum hatten wir in einem Restaurant Platz genommen, traten drei finster blickende Männer an unseren Tisch, stellten sich als Polizisten vor und fragten nach dem Woher und Wohin. Beim anschließenden Rundgang über den Markt wichen sie uns nicht von der Seite, "um uns zu schützen", wie sie sagten.

Pressekonferenz in Diyarbakir: Delegationsberichte

Am 24. 3. 94 fand im Presseclub von Diyarbakir eine Pressekonferenz der Delegationen statt. Michael Feeney, Vorsitzender des britischen *Kurdistan Human Rights Project* (KHRP) berichtete über den gestrigen Besuch der britischen Delegation im Dorf Cibiki bei Silvan. Die Dorfbewohner schilderten, wie am 22. 3. um 3 Uhr morgens Soldaten das Dorf überfielen und die Häuser beschossen. Dabei wurden drei Männer getötet. Die Soldaten schleppten die Leichen an den Fluß und legten Kalaschnikow-Gewehre und Pistolen daneben. Wenige Stunden später kamen in Begleitung von Offizieren ausländische Journalisten ins Dorf, denen die Toten als erschossene "PKK-Terroristen", die das Dorf überfallen hätten, gezeigt wurden.

Marion Selig, Mitglied des Berliner Senats, berichtete von der Fahrt einer Delegation in die fast völlig zerstörte Kleinstadt Lice. Zur Zeit finden Militäroperationen gegen etwa 20 Dörfer im Kreis Lice statt, die Delegation sah von weitem das Dorf Darakoli brennen. Die Fahrzeuge wurden vom Militär an der Weiterfahrt gehindert. Als sich ein Teil der Dele-



*Diyarbakir: Zivilpolizei mit Kalaschnikow und Sprechfunk.
(Foto: P. Senger)*

gation zu Fuß dem brennenden Dorf nähern wollte, wurde die Gruppe von Spezialeinheiten, sog. Rambos, festgenommen. Das Filmmaterial wurde konfisziert, die Männer teilweise geschlagen, die Frauen mußten sich völlig nackt ausziehen, wenn sie zur Toilette gehen wollten.

Die Journalisten Michael Enger und Hans Peter Weimar von Spiegel-TV berichteten über ihren gestrigen Besuch in Lice. Von den ehemals 200 Häusern der Stadt stehen noch zehn. In den letzten Tagen fanden dort wieder Operationen der Dorfschützer und Soldaten statt. Dabei wurde am 20. März ein 16jähriger Junge erst mißhandelt und dann bei einem Fluchtversuch erschossen. Die türkischen Medien bezeichneten den Jungen als "Terroristen". Das Spiegel-TV-Team sprach am 23. 3 mit den Eltern. Während des Interviews nahmen 25 Dorfschützer die Journalisten und ihre Dolmetscherin fest und übergaben sie Spezialeinheiten. Mit verbundenen Augen wurden sie in ein Auto gezwängt und über Feldwege nach Hazro gebracht. Dort wurden sie verhört, ihrer Aufzeichnungen beraubt,

mit Folter bedroht. Sie weigerten sich, ein Protokoll mit willkürlichen Anschuldigungen zu unterzeichnen. Schließlich wurden sie nach Diyarbakir zur Sicherheitspolizei gebracht, wo man sie abermals verhörte und gegen Mitternacht freiließ. Ihr kurdischer Chauffeur blieb in Haft.

Michael Feeney fragte die anwesende türkische und internationale Presse: "Warum werden wir behindert, wenn wir mit den Dorfbewohnern sprechen wollen, wo doch laut Aussage der Polizei die PKK für die Zerstörung der Dörfer verantwortlich ist?" Er forderte die sofortige Einstellung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas mit der Türkei und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes. Der belgische Senator Michiel Maertens forderte den Ausschluß der Türkei aus der NATO.

Die britische Delegation brachte aus einer zerstörten Schule ein Plakat mit, auf dem der "Eid" stand, den alle türkischen und kurdischen Kinder täglich leisten müssen. Die Übersetzung lautet:

Eid

*Ich bin Türke, ich bin gerecht, ich bin fleißig,
mein Ziel ist es, die Kleinen zu schützen, die Großen zu achten,*

mein Land, meine Nation mehr zu lieben als mich selbst.

Mein Ideal ist es, aufzusteigen und vorwärts zu gehen,

mein Leben soll der Existenz der Türkei gewidmet sein.

Oh du großer Atatürk, der du uns das Heute geschaffen hast,

den Weg, den du uns eröffnet hast,

das Ideal, das du uns gegeben hast,

das Ziel, das du uns gezeigt hast,

werden wir unaufhaltsam verwirklichen.

Das schwöre ich.

Glücklich, wer sagt: ich bin Türke.

Das Echo der Konferenz in der türkischen Presse war minimal. Als einzige türkische Zeitung veröffentlichte *Milliyet* einen kurzen Artikel mit dem Titel: "Ausländische Delegationen als Sprachrohr der PKK".

Fahrt nach Cermik, Cüngüs und Siverek: Dorfschützergebiet

Am 25. 3. 94 fuhren wir über Ergani und Cermik nach Cüngüs, eine kleine Stadt inmitten hoher Berge westlich von Diyarbakir. In Cüngüs wurden wir von der Gendarmerie empfangen und im Ort herumgeführt. Man zeigte uns die Ruinen eines

armenischen Klosters und einer Kirche. Vor der Gendarmeriekaserne standen drei vollbesetzte Landrover, die gerade zu einem Einsatz aufbrachen. Auf der Ladefläche des ersten Wagens saßen 8 Dorfschützer, ältere Männer in Zivil mit ernsten Gesichtern und Kalaschnikows zwischen den Knien. Die beiden nachfolgenden Wagen waren mit Soldaten besetzt.

Viele der Dörfer zwischen Cermik und Siverek sind dem Dorfschützersystem angeschlossen. Das Straßenbild der Stadt Siverek war daher auch für kurdische Verhältnisse völlig ungewöhnlich: frei von Soldaten und Polizisten! Die Leute von Özgür Gündem hatten uns erzählt, daß der türkische Staat die Macht in der Stadt an die Dorfschützer übergeben hätte, die daher nach Belieben schalten und walten können. Hier herrsche jetzt Gesetzlosigkeit, Willkür und Faustrecht. Einheimische berichteten uns, daß der Chef der Dorfschützer von Siverek ein reicher Großgrundbesitzer (Aga) sei, der mit dem türkischen Staat kollaboriert, um die feudalen Eigentumsverhältnisse und Machtstrukturen aufrecht zu erhalten.

Man schilderte uns auch Strafaktionen des Militärs gegen die Dörfer: "Die PKK überfällt eine Polizeiwache und am nächsten Tag greifen die Soldaten das Dorf und die Zivilbevölkerung an". "Wenn sie uns weiterhin so terrorisieren, greifen wir noch alle zur Waffe", meinte ein Bauer. Die anderen Männer nickten zustimmend. Bezüglich der anstehenden Kommunalwahlen sagte er: "Ich werde die Wahl boykottieren, und wenn ich eine Million Lira statt 200.000 Strafe zahlen müßte. Sollten wir zur Teilnahme gezwungen werden, mache ich tak-tak-tak-tak". Mit einer Handbewegung deutete er an, wie man einen Stempel mehrmals auf den Stimmzettel hämmert und damit ungültig wählt.

Beobachtung der Kommunalwahlen am 27. 3. 94 in Bitlis und Mutki

Zur Beobachtung der Kommunalwahlen fuhren wir am 26. 3. mit einem Überlandbus nach Bitlis. In allen Orten, die wir passierten, befanden sich große Kasernen. Außerhalb der Ortschaften gab es mehrere stark befestigte Gendarmerie-Stützpunkte mit vielen Fahrzeugen, auch Panzern. An diesen Stellen fanden Straßenkontrollen statt. In den Städten Silvan und Baykan standen vor den Gendarmeriekasernen jeweils ein BTR60-Panzerwagen. Kurz vor Bitlis folgt die Straße einem Tal mit

steilen Felswänden: an drei Stellen waren jeweils ein BTR60 stationiert, offensichtlich um die Straße zu bewachen. An der Straßenkontrolle am Eingang von Bitlis standen zwei neu lackierte Panzerwagen, die in großen roten Buchstaben die Aufschrift *BTR80* trugen. Hier wurden unsere Pässe von der Polizei gründlich kontrolliert. Durch Telefongespräche, wahrscheinlich mit der Sicherheitspolizei von Diyarbakir, überprüften sie, ob wir Journalisten seien oder sonst irgend etwas gegen uns vorliege. In Begleitung eines Polizisten in Zivil durften wir schließlich die Stadt betreten und in einem Hotel absteigen, wo im wesentlichen Polizisten wohnten. Bitlis, die ehemalige Hauptstadt eines mächtigen Kurdenfürstentums, liegt in einem Talkessel inmitten hoher, jetzt schneebedeckter Berge und macht einen heruntergekommenen Eindruck. Die neueren und größeren Gebäude liegen an den Hängen und sind durch ihre hohen Antennen als Kasernen zu erkennen.

Gegenüber unseres Hotels befand sich eine kleine Moschee, die als eines der Wahllokale diente. Vor der Tür, an der die Listen der Wahlpflichtigen aushingen, standen mehrere Polizisten in Zivil, deutlich an ihren Kalaschnikows und Sprechfunkgeräten erkennbar. Sie verweigerten uns den Zutritt. Deshalb beschlossen wir, nach Mutki zu fahren, einem kleinen Städtchen etwa 25 km westlich von Bitlis in den Bergen.

Mutki wird durch eine Gendarmeriekaserne beherrscht, die weithin sichtbar auf einem Plateau liegt. Die Kaserne ist befestigt durch Brustwehren aus Sandsäcken und mehrere Maschinengewehrstellungen.

Zwei schwere Geschütze richten ihre Rohre auf die Berge. Im Hof standen zwei Hubschrauber einsatzbereit. Die Gendarmas des Kontrollpostens führen uns geradewegs zu ihrem Kommandanten. Der Oberst berichtet freimütig über die Lage. Zu seinem Machtbereich gehören 54 Dörfer, von denen nur fünf noch keine Dorfschützer hätten. Im Ganzen gäbe es hier 1500 Dorfschützer, d.h. etwa 30 pro Dorf, die insgesamt ein monatliches Gehalt von 6,4 Milliar-

den Türkischer Lira erhielten, etwa 300 DM pro Mann. Dieses Geld sei die wesentliche Einnahmequelle der Leute hier in der Gegend. Die Dorfschützer hätten die Aufgabe, zu verhindern, daß sich die PKK-Guerilleros in den Dörfern mit Lebensmittel versorgen. Außerdem würden sie auch bei Militäroperationen gegen die Guerilla in den Bergen eingesetzt. Zur Zeit gäbe es hier mehrere Gruppen mit insgesamt 200 Kämpfern, die sich in Höhlen versteckten. Der Oberst gab sich zuversichtlich, die PKK binnen Jahresfrist militärisch besiegt zu haben. Eine politische Lösung lehne er strikt ab. Er würde sich auch nicht fügen, falls die Regierung Verhandlungen begänne und ein Abkommen mit der PKK schließen würde.

Bezüglich der Kommunalwahlen berichtete der Oberst, daß er sich vorgenommen habe, 100% Wahlbeteiligung nach Ankara zu melden. Dazu habe er in den vergangenen Tagen jedes der Dörfer ohne Dorfschützer aufgesucht und den Einwohnern mit massiven Konsequenzen gedroht, falls sie nicht zur Wahl in Mutki erschienen. Heute morgen um 8 Uhr seien die 300 Wahlpflichtigen des nächstgelegenen Dorfes vollständig vor dem Wahllokal angetreten, bemerkte der Oberst stolz.

In Mutki durften wir uns nicht frei bewegen, sondern wurden vom Polizeichef persönlich herumgeführt. Begleitet wurden wir von mehreren bewaffneten Polizisten. Nach Voranmeldung konnten wir

Deutsche Rüstungsgüter im Einsatz: Mercedes Unimog und NVA-Stahlhelme (DDR). Soldaten vor einem Wahllokal in Kurdistan-Türkei. (Foto: Wolf Ronda/medico)



eines der Wahllokale besuchen. Auch hier hingen an der Eingangstür die Listen der Wahlpflichtigen. Für jedes Dorf gab es eine gesonderte Wahlurne, so daß die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten eines Dorfes kontrolliert werden konnte.

Auf der Rückfahrt von Mutki nach Bitlis erfuhren wir von Einheimischen, daß etwa 20 Dörfer im Gebiet von Mutki zerstört seien. Es habe eine große Verhaftungswelle gegeben. Viele Menschen hier seien jetzt fürchterlich arm. Etwa 50% der Bevölkerung habe das Gebiet verlassen und sei nach Bitlis oder Diyarbakir geflohen. Im nahegelegenen Dorf Geyikpinar seien zum Beispiel nur noch 20 von 80 Häusern bewohnt, und zwar von den Dorfschützern, die die anderen Bewohner vertrieben hätten. Wir erfuhren weiterhin, daß Wahlpflichtige, die nicht zur Wahl gehen, nicht nur die obligatorische Strafe von 200.000 TL (130 Mark, etwa ein Wochenlohn) zahlen mußten, sondern auch über die Gründe ihres Fernbleibens verhört würden. Unsere Gesprächspartner baten uns, kein Wort über unsere Unterredung zu sagen, da sie Angst um ihr Leben hätten.

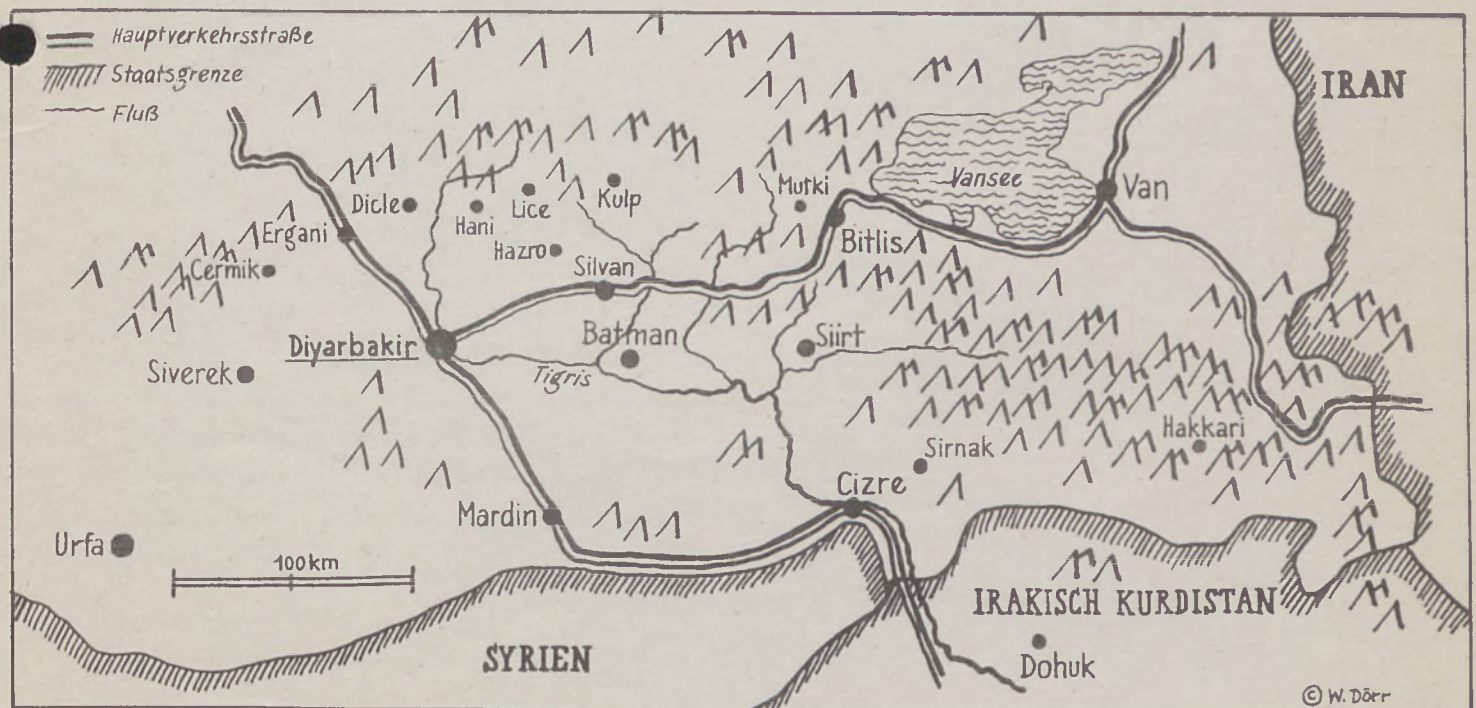
Auf der Rückfahrt von Bitlis nach Diyarbakir am 27. 3. kamen uns auf der 45 km langen Strecke zwischen Bitlis und Baykan insgesamt acht BTR60-Panzerwagen entgegen. Aufgrund einer Schießerei in Ziyaet zwischen Parteigängern der Faschisten und einer anderen Kurdengruppe war die Straße hinter Baykan für mehrere Stunden gesperrt. Hinter Kozluk begegneten uns drei Panzer des Typs M113. Nach Einbruch der Dunkelheit gab es keine Straßenkontrollen mehr bis Diyarbakir.

Militärische Strafaktionen nach den Kommunalwahlen

Gespräch mit Journalisten der Özgür Gündem am 28. 3. 94 in Diyarbakir

Nachdem die Demokratie Partei (DEP) durch staatliche Repressionsmaßnahmen gezwungen wurde, ihre Kandidaten für die Kommunalwahlen zurückzuziehen, rief sie zum Boykott der Wahlen auf. Der türkische Staat setzte daher alle Mittel ein, um eine hohe Wahlbeteiligung zu erzwingen (Geldstrafen, Drohungen etc.).

Bereits am Abend vor der Wahl wurden vier Dörfer bei Sirnak aus Flugzeugen und Hubschraubern bombardiert. Den Bewohnern dieser Dörfer unterstellte man, die Wahl boykottieren zu wollen. Es gab 60 Tote und viele Verletzte, die teilweise ins Krankenhaus nach Diyarbakir gebracht wurden. Hier konnten die Journalisten mit ihnen sprechen, bevor die Polizei weiteren Besuchern den Zutritt zum Krankenhaus verwehrte. Zwei weitere Dörfer bei Sirnak wurden noch am Wahlabend bombardiert, nachdem 80% ihrer wahlpflichtigen Bewohner der Wahl ferngeblieben waren. Weiterhin wurden sechs Dörfer bei Tunceli am Wahlabend bombardiert, deren Bewohner nicht zur Wahl gegangen sind. In Tunceli und den umliegenden Dörfern lag die Beteiligung am Wahlboykott bei 80%. In Diyarbakir haben 15% der Wahlpflichtigen die Wahl boykottiert und 35 % ungültig gewählt.



Dorfzerstörungen

Aussage eines Mitarbeiters von Özgür Gündem am 23. 3. 94 in Diyarbakır:

Nach einem Überfall der PKK auf die Polizeistation des Dorfes Celik Aliye Romo am 1. Juli 93, bei dem ein Polizist getötet wurde, griff am Morgen des nächsten Tages ein Black-Hawk-Hubschrauber das Dorf mit seinem Maschinengewehr an. Etwa 500 Soldaten und drei BTR60-Schützenpanzer umstellten das Dorf. Die Panzer beschossen die Häuser, wobei sieben ältere Menschen den Tod fanden. Die Mehrzahl der ursprünglich 2000 Bewohner waren bereits in Panik geflohen, da sie mit einer Strafaktion des Militärs gerechnet hatten. Eine Frau erlitt bei der Flucht eine Fehlgeburt. Nach dem Beschuß durchkämmten die Soldaten die Häuser, schlugen die Überlebenden, streuten ein brennbares Pulver in die Häuser und zündeten sie an. Von 130 Häusern brannten 110 nieder. Anschließend wurden alle Tiere erschossen. Der Reporter besuchte gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden der DEP das Dorf drei Tage nach dem Überfall und sprach mit den Menschen. Der DEP-Vorsitzende wurde anschließend verhaftet und auf der Polizeikommandatur zusammengeschlagen.

Bei Mardin Dargecit wurden 23 Dörfer zwischen Herbst 93 und Januar 94 zerstört. Die Bewohner zweier großer Dörfer wurden zum Dorfschützerdienst gezwungen. Der Journalist berichtete über die Praktiken des türkischen Militärs. Der Grund für die Angriffe sei der Vorwurf "Unterstützung der PKK" bzw. die Weigerung, Dorfschützer zu werden. Die Soldaten kamen 5 bis 6 mal ins Dorf, verschleppen jeweils 10 bis 15 Leute, foltern sie, töten einige und schicken die anderen ins Dorf zurück. Als danach immer noch Menschen in den Dörfern lebten, wurden sie mit Waffengewalt vertrieben.

Todesdrohungen

Aussage von Necip Odabasi, 47 Jahre, Bauer aus dem Dorf Basari bei Cermik (Ergani). Gespräch im Menschenrechtsverein von Diyarbakır am 28. 3. 94:

Nach dem letzten Militärputsch im Jahre 1980 wurde Necip Odabasi verhaftet und für 4 Jahre und 2 Monate wegen "Unterstützung der PKK" eingesperrt (zu dieser Zeit war die PKK eine politische Partei ohne Guerillaaktivitäten). 1992 stellte ihn der örtliche Gendarmerie-Kommandant Mehmet Has vor die Wahl, entweder als Polizeispitzel zu arbeiten oder getötet zu werden. Necip willigte aus Angst ein, um die Kaserne noch verlassen zu können, und floh nach Ankara zu einem Freund der Familie, der als Pressesprecher des Menschenrechtsministers Mehmet Karaman arbeitete.

Necip schilderte seinen Fall in Briefen an den Justizminister, den Innenminister, den Menschenrechtsminister und den obersten Staatsanwalt von Diyarbakır. Im Oktober 1992 erhob schließlich der Menschenrechtsminister Klage gegen die Behandlung Necips, doch der Supergouverneur Ünal Erkan, die höchste Instanz in den "Provinzen unter Ausnahmezustand" (kurdische Gebiete), ließ die Klage nicht zu. Im Januar 1993 betrat ein Gendarmerie-Hauptmann das Haus Necips, warf einen Packen Flugblätter hin und verhaftete ihn wegen des Besitzes von Flugblättern. Necip wurde mehr als ein Jahr lang eingesperrt und erst vor einer Woche aus dem Gefängnis entlassen. Er tauchte sofort unter aus Angst vor der "Kontraguerilla", die häufig entlassene Häftlinge ermordet (sogenannte Hinrichtungen ohne Urteil).

Jetzt hat die Gendarmerie seine Frau und acht Kinder als Geißel genommen. Seiner Familie wurde von der Polizei untersagt, die Felder und Obstbäume zu versorgen. Die Polizisten drohten seiner Frau an, sie und ihre acht Kinder beim nächsten PKK-Überfall zu töten. "Sie wollen, daß ich ins Dorf komme, damit sie mir eine Kugel durch den Kopf schießen können." Necip befürchtet, daß er nur noch wenige Tage zu leben hat, denn die Spezialeinheiten seien ihm auf der Spur. Er habe keinen Pass und kein Geld, um fliehen zu können, außerdem könne er seine Familie nicht allein lassen, die er irgendwie ernähren müsse.

Ein Vertreter des Menschenrechtsvereins bestätigte, daß Necip ein typisches Opfer der staatlich gelenkten Todeschwadrone ist.

"Hinrichtung ohne Urteil"

Aussage einer Verwandten des ermordeten Kadri Koyuncu im Büro von Özgür Gündem, Diyarbakır, am 28. 3. 94:

Kadri Koyuncu war 32 Jahre alt und arbeitete als Abteilungsleiter in der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft. Nach dem Militärputsch von 1980 war er wie viele Kurden im Gefängnis (3 Monate). Die Demokratie Partei (DEP) wollte ihn als Kandidaten für die Kommunalwahl aufstellen, was er aber wegen der damit verbundenen Gefahr mit Rücksicht auf seine Frau und seine drei kleinen Kinder ablehnte. Im Jahre 1993 wurde er für 10 Tage eingesperrt und gefoltert, aber vom Staatssicherheitsgericht freigesprochen. Die Frau schildert die Ermordung ihres Verwandten auf offener Straße in Yenisehir, einem Stadtteil von Diyarbakır.

Am Morgen des 16. 3. 94 bestieg er sein Auto, um nach Istanbul zu fahren. Auf der Straße standen um einige Gemüsestände herum viele Menschen, die als Augenzeugen folgendes berichteten:

Nachdem der Wagen anfuhr, sprang ein Mann vor das Auto und rief, er sei angefahren worden. Der Wagen stoppte, und während sich ein Streit entspann, trat ein zweiter Mann neben das Auto und schoss Kadri zweimal in den Kopf und einmal in die Brust. Dieser sackte hinter dem Steuer zusammen, lebte aber noch. Nach 5 bis 10 Minuten kamen einige Männer der "Antiterror-Einheiten" (Özelteam) und töteten Kadri mit weiteren Schüssen. Sie brachten anschließend den Toten in die Leichenhalle. Frau Koyuncu erhielt später in einem Krankenhaus die Habseligkeiten ihres Mannes ausgehändigt und eine Bescheinigung der Todesursache: "Mord durch unbekannte Täter". Dies ist die Standardformulierung für Morde durch Todesschwadronen und Sicherheitskräfte.

Die Verwandte Kadris berichtet weiter, daß sie selbst acht Kinder und einen kranken, arbeitsunfähigen Mann versorgen müsse. Jetzt kämen noch die drei Kinder Kadris hinzu. Die Ehefrau des Ermordeten habe einen Schock und weine den ganzen Tag.

Eine ihrer Töchter sei "in den Bergen", sie hätte das Gymnasium besucht und sollte eigentlich später mit zum Familienunterhalt beitragen. Einer ihrer Schwiegersöhne sei zum Tode verurteilt und deshalb in die Schweiz geflohen. Unter Tränen rief sie aus: "Unsere Schuld ist, daß wir Kurden sind. Wir haben sowieso nur das Nötigste, wir wollen leben. Diese Grausamkeiten sollen aufhören."

Kontraguerrilla-Mord

Gespräch des Rechtsanwaltes der Familien Aydin und Ay, Mitglied der Anwaltskammer von Diyarbakır, mit Angelika Bauer am 13. 4. 94:

Am 16. und 17. 3. 94 wurden Necati Aydin, ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft des Gesundheitswesens, sowie Mehmet Sah Ay, ebenfalls Gewerkschaftsmitglied, von Sondereinheiten zur Terrorbekämpfung aus ihren Wohnungen in Diyarbakır abgeholt. Nach 19 Tagen Verhör führte man die beiden Personen am 4. 4. dem Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes vor. Dort konnte sie der Rechtsanwalt gegen 14.30 Uhr sehen. Gegen 17 Uhr ließ sie der zuständige Haftrichter wegen mangelnder Beweislage frei. Während noch Angehörige der beiden vor dem Haupteingang warteten, wurden diese nach Aussagen von Augenzeugen von bewaffneten, zivil gekleideten Polizisten durch einen Nebenausgang in den Hof des Gerichtsgebäudes geführt.

Nach einem Tag vergeblichen Wartens stellte der Rechtsanwalt Nachforschungen an. Das Gericht bestätigte die Freilassung, Gendarmerie und Polizei wußten angeblich nichts über den Verbleib der Betroffenen, und eine schriftliche Anfrage blieb ohne Antwort.

Am 9. 4. wurden die Leichen von Necati Aydin, Mehmet Sah Ay und einer weiteren Person von einem Bauern in der Nähe des Dorfes Pamukcaay, etwa 40 km von Diyarbakır entfernt, an der Straße nach Silvan aufgefunden, notdürftig in der Erde verscharrt. Im Leichenschauhaus des staatlichen Krankenhauses von Diyarbakır verhaftete man am nächsten Tag die 16 Verwandten und Bekannten, die gekommen waren, um die Toten zu sehen. Sie waren zur Zeit meiner Abreise am 14. 4. noch immer in Haft.

Der Rechtsanwalt rechnet die Mörder der Kontraguerrilla zu, deren Spur offensichtlich zu den Sondereinheiten zur Terrorbekämpfung von Polizei und Gendarmerie führt. Nachforschungen zur Identität der Täter werden auch hier wie in hunderten Fällen zuvor von staatlicher Seite nicht angestellt. Noch nie ist einer dieser politischen Morde aufgeklärt worden. Kritische Bürger, die mit den Mitteln des Rechtsstaates nicht mundtot gemacht werden können, werden auf diese Art ausgeschaltet.

Schon der in der Region sehr beliebte und angesehene Großonkel des ermordeten Necati Aydin, der frühere Vorsitzende der prokurdischen Partei HEP in Diyarbakır Vedat Aydin, war am 7. 6. 91 auf ähnliche Weise ermordet worden.

Schlußbemerkung

Die Darmstädter Beobachtergruppe hat während ihres 10tägigen Aufenthaltes folgenden Eindruck von der Situation in Türkei-Kurdistan gewonnen:

Der türkische Staat verhält sich in der kurdischen Region wie eine fremde Besatzungsmacht. Ein allgegenwärtiger Polizeiapparat unterdrückt jegliche demokratische Opposition, während die Armee, unterstützt von Spezialeinheiten und Dorfschützern, systematisch die ländlichen Gebiete entvölkert und die Dörfer zerstört. In Kurdistan-Türkei herrschen heute staatliche Willkür und Gesetzlosigkeit, weite Kreise des kurdischen Volkes leben inzwischen in Not und Elend.

Die türkischen "Sicherheitskräfte" begehen fortgesetzt Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Zerstörung des kurdischen Lebensraums, Vertreibung der Landbevölkerung, Folter und Mord. Es ist eindeutig festzustellen, daß der türkische Staat in seinem Krieg gegen die kurdische Bevölkerung auch Waffen aus deutschen Lieferungen einsetzt.

Die deutsche Bundesregierung ist aufgefordert, ihre militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung der Türkei sofort einzustellen, solange die türkische Regierung die Menschenrechte mißachtet und dem kurdischen Volk elementare Freiheiten vorenthält.

Die rücksichtslose Kriegspolitik des türkischen Militärs treibt die Staatsfinanzen und die türkische Wirtschaft in den Ruin, mit allen sozialen und politischen Folgen, wie z.B. das Erstarken des islamischen Fundamentalismus. Diese Gefahren können nur durch eine sofortige Verhandlungslösung des Kurdenkonflikts abgewendet werden.

Eine vordringliche Aufgabe der europäischen Regierungen ist es daher, auf eine friedliche Lösung zu drängen und gegebenenfalls entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Türkei auszuüben. Ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten ist nur möglich auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes aller dort lebenden Völker, auch des kurdischen mit seinen fast 30 Millionen Menschen.

Reiseverlauf:

Fr. 18. 3: Flug Frankfurt - Istanbul

Sa. 19. 3: Flug Istanbul - Diyarbakir, Besuch der Özgür Gündem

So. 20. 3: Fahrt nach Hazro

Mo. 21. 3: Newroz in Diyarbakir

Di. 22. 3: Fahrt nach Ergani, Dicle und Hani

Mi. 23. 3: Besuch des IHD und der Özgür Gündem in Diyarbakir

Do. 24. 3: Pressekonferenz in Diyarbakir

Fr. 25. 3: Fahrt nach Ergani, Cermik, Cüngüs und Siverek

Sa. 26. 3: Fahrt nach Bitlis

So. 27. 3: Aufenthalt in Bitlis und Mutki (Kommunalwahlen)

Mo. 28. 3: Diyarbakir, Interviews beim IHD und bei Özgür Gündem

Di. 29. 3: Rückflug Diyarbakir - Frankfurt

Reiseteilnehmer/innen:

Josefina Almagro, Krankenschwester

Angelika Bauer, Lehrerin (GEW-Mitglied)

Susanne Jung, Krankenschwester (ÖTV-Mitglied)

Conno Müller, Student (IG Metall-Mitglied)

Helga Reisberg, Hausfrau

Dr. Peter Senger, Physiker (ÖTV-Mitglied)



Ergebnis eines türkischen Luftangriffs
(Foto: Roja Kurdistan 1/94)